

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 28.06.2007

Herausforderung Klimawandel: Regierungskommission „Klimaschutz“ und Forschungsverbund „Klimafolgenforschung“

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der globale Klimawandel hat begonnen und wird sich im Laufe des 21. Jahrhunderts fortsetzen. Bereits heute sind Folgen bei einer Vielzahl ökologischer und physikalischer Systeme zu erkennen. Im Laufe des 21. Jahrhunderts werden sich diese verstärken.

Der Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen des Klimawandels müssen im Fokus einer Politik für die nachfolgenden Generationen stehen. Durch technische und organisatorische Klimaschutzmaßnahmen sowie durch eine Änderung von Bewusstsein und Verhaltensmustern können die Folgen des Klimawandels deutlich gemildert werden.

Neben der Klimafolgenbewältigung, zum Beispiel durch geeignete Küstenschutzstrategien, kommt dem Staat die Aufgabe zu, Forschungen zum Klimawandel und dessen Folgen zu fördern.

Der Landtag begrüÙt deshalb die Einrichtung eines neuen Forschungsverbunds „Klimafolgenforschung“ durch die Landesregierung, durch welchen in der Forschungsstrategie der Landesregierung neben den Bereich der Forschung zum Klimaschutz der Bereich des Schutzes vor Folgen des Klimawandels tritt.

Der Landtag bittet die Landesregierung, im Rahmen dieses Forschungsverbunds insbesondere

- regionale und lokale Auswirkungen des Klimawandels in Niedersachsen zu untersuchen,
- interdisziplinäre Ansätze zu Klimaszenarien und Klimamodellen für Niedersachsen zu untersuchen und zu entwickeln,
- Anpassungsmaßnahmen und -strategien für Niedersachsen zu erarbeiten und
- Techniken und Verfahren zum Schutz und zur Vorbeugung vor Klimafolgen zu entwickeln.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie eine Regierungskommission „Klimaschutz“ einzurichten, um Handlungsstrategien für Niedersachsen zu entwickeln.

Dazu sollen u. a. für Niedersachsen Analysen von maßgeblichen, den Klimawandel beeinflussenden, Sektoren erstellt werden, wie zum Beispiel für den Strom-, Wärme - und Verkehrssektor einschließlich der in diesen Sektoren erzeugten CO₂-Emissionen.

Auf dieser Grundlage sollen Maßnahmen zum Klimaschutz u. a. in Abstimmung mit dem Forschungsverbund „Klimafolgenforschung“ entwickelt werden, die sich jeweils an den aktuellen nationalen und internationalen Klimaschutzzielen orientieren.

Begründung

Die Klimafolgenforschung ist die Grundlage für zukünftiges politisches Handeln zur Vermeidung und Verminderung von Klimafolgeschäden. Die Wissenschaft hat bisher vor allem globale Modelle

und Szenarien entwickelt, in denen eine Klimaveränderung und damit neue Witterungsbedingungen, der Meeresspiegelanstieg und Veränderungen in Ökosystemen berechnet wurden.

Gegenstand aktueller und zukunftsgerichteter Forschungsarbeiten in Niedersachsen muss die Darstellung potenzieller Auswirkungen für das Land sein, weil jede Region in spezifischer Weise vom Klimawandel betroffen sein wird. „Klimafolgenforschung“ ist ein Thema, das die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Klima- und Meeresforschern, Meteorologen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, Biologen, Wasserwirtschaftlern und Agrar- und Forstwissenschaftlern erfordert. Sie betrifft in Niedersachsen insbesondere die Wasserwirtschaft (z. B. beim Hochwasser- und Küstenschutz), Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Gesundheitsschutz.

Die Zusammenführung und Koordination aller laufenden und zukünftigen Forschungsprojekte im Bereich Klimafolgen sollen durch den Forschungsverbund „Klimafolgenforschung“ erfolgen.

Um die im Februar 2007 von den Umweltministern der EU-Staaten vereinbarten anspruchsvollen Ziele zum Klimaschutz zu erreichen, muss die Bundesrepublik Deutschland, aber auch jedes ihrer einzelnen Bundesländer, Maßnahmen zum Klimaschutz entwickeln. Für eine Bestandsaufnahme aller bisherigen Klimaschutzmaßnahmen und zur Entwicklung von Maßnahmevorschlägen für relevante Sektoren und Bereiche soll im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung eine Regierungskommission zum Klimaschutz eingesetzt werden.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Dr. Philipp Rösler
Fraktionsvorsitzender